

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 101. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

Zweite Ausgabe

Donnerstag, 29. Februar 1912.

Verlagsgesellschaft für die Provinz Sachsen in Halle a. S. Druck und Verlag von Curt Thieme in Halle a. S.

Jugendpflege.

Die von dem preussischen Kultusminister dem Landtage mitgeteilte Denkschrift über die Jugendpflege in Preussen gibt eine umfassende Uebersicht über die seitens des Ministers gegebenen Anregungen und die in den einzelnen Regierungsbereichen getroffenen Einrichtungen. Das Ergebnis der bisherigen Arbeit für die Jugendpflege fasst der Minister in folgenden Ausführungen zusammen:

Sehr großer Wert wird von allen Sachverständigen mit Recht auf die Errichtung von Jugendheimen, Jugendheimen und Turnhallen gelegt, da diese Räume die Jugendpflege vom Gasthaus und von der Bitterung unabhängig machen und eine große Anziehungskraft auf die Jugendlichen ausüben. Auch in jeder Beziehung sind im vergangenen Jahre Fortschritte zu verzeichnen. Es wird beabsichtigt, diese Gründungen in Zukunft nach Möglichkeit auch durch Zuzunahme staatlicher Mittel in erhöhtem Maße zu unterstützen.

Die gegenwärtigen Wirkungen der vom Staat geförderten Maßnahmen können bei der Eigenart der Aufgabe naturgemäß erst nach Jahren gebührender unermüdlicher Arbeit voll in Erscheinung treten. Aber auch schon jetzt hat das bereitete Vorgehen von staatlichen, kommunalen und kirchlichen Behörden, von Vereinen aller Art und von Privatpersonen — wie die vorliegenden Darlegungen zeigen — einen merkwürdigen Fortschritt in der Entwicklung der Jugendpflege erreicht, der Folge gehabt. Viele von den vorhandenen naturländlichen Jugendvereinigungen der verschiedenen Richtungen haben durch die ihnen gewährte Unterstützung sich weiter ausbauen, ihre Mittel zur erheblichen Vermehrung der Jugend verbessern und vermehren, ihren Wirkungskreis erweitern können. Wo ein Bedürfnis dazu vorlag, sind auch neue Vereine entstanden, die einen Teil der bisher noch nicht versorgten Jünglinge heranzuziehen suchten. Auf diese Weise ist in der kurzen Zeit vom 1. April bis 1. Dezember 1911, also in acht Monaten, auch bezüglich der Zahl der von der Jugendpflege erfassten jungen Männer ein Fortschritt erreicht. Im 27 Regierungsbereichen, über die das Ergebnis bis Mitte Februar festgelegt werden konnte, waren am 31. März 1911 zusammen 469 937 aus der Schule entlassene männliche Jugendliche in Pflege. Diese Zahl ist in den betreffenden 27 Bezirken in der angegebenen Zeit auf 560 489 Personen, also um 90 552, d. h. um etwas über 19 p. c. gestiegen.

Die ersten Anfänge sind an sich durchaus befriedigend. Sie beruhen aber nur dann auf der Hoffnung auf ein stetiges geistliches Fortschreiten des der Wohlfahrt unserer Jugend gewidmeten Werkes, wenn ihm die Opferwilligkeit, die selbstlose Hingabe und Treue aller beteiligten Personen und Körperschaften aus weitester Kraft entspringt, und wenn auch bisher noch fernstehende Erhalte ihn mehr und mehr ihre einmütige förderliche Teilnahme zuwenden.

Von dem vorhandenen Fonds sind den Regierungspräsidenten 918 791 Mfr. zur Verfügung gestellt worden. Die Summe der von der Zentralinstanz direkt verwendeten Mittel betrug 52 784 Mfr. Der Minister stellt schließlich fest, daß wegen Mangel an Mitteln zahlreiche wohlgegründete Anträge zurückgestellt werden mußten.

Der italienisch-türkische Krieg.

Vom Kriegsschauplatz.
Aus Bengasi, 26. Februar, meldet die „Agenzia Stefani“: Gestern fand bei Sabari außerhalb der italienischer Verteidigungslinie ein Schermüßel zwischen italienischer Meiterei und Beduinen statt. Die Beduinen wurden zurückgeworfen; auf italienischer Seite wurde nur ein Pferd getötet. — Von den Italienern mit Hilfe von Flugzeugen unter den Beduinen verbreitete Flugblätter haben lebhafteste Erörterungen veranlaßt und man hat Anzeichen, daß anbauender Beduinen aus dem türkischen Lager desertieren.

Ferner meldet die „Agenzia Stefani“ aus Tripolis vom 27. cr.:
Drei treffen andauernd flüchtige ein. Heute früh kamen 27 Personen mit Kindern und Kamellen an. Zwölf Männer, die mit Mauergeräten besetzt waren, übergaben den italienischen Offizieren des Postens Gabel ihre Waffen und Munition. Nach einer Meldung wurde eine andere Gruppe von Familien, die mit einer Viehherde sich auf dem Wege nach Tripolis befanden, am 25. Febr. von den Ritten angegriffen, die durch Genesener zwei Personen töteten, drei verwundeten und das Vieh mit sich nahmen. Die Bewegung unter den Arabern, sich unter dem Schutz der Italiener zu stellen, wird zweifellos jetzt infolge der Bewegung des Wegzuges noch stärker werden, denn dieser gefährdet den Arabern zum Wece hin einen freien, ungehinderten Handelsverkehr, den die Italiener gegen die Angriffe der Araber geschützt haben. Die Araber von Djebel, die seit längerer Zeit schon wünschten, unter der italienischen Flagge Kriegsdienst zu tun, sandten einige Familien als Unterpfand der Treue nach Tripolis. Von diesen Arabern wurde eine Truppe von 120 Mann gebildet, die von fünf eigenen Befehlshabern und fünf Intendanten unter der Leitung eines italienischen Leutnants von den Alpenjägern kommandiert wird.

Bei Redaktionschluss läuft noch folgendes Telegramm aus Tripolis, 28. Februar, 12 1/2 Uhr mittags ein: Die letzte Nacht auf der Höhe von Mergah ist ruhig verlaufen. Alle Verwundeten, deren Zustand dies erlaubte, sind auf das Hospitalgeschiff „Regina d'Italia“ gebracht worden. Die Arbeiten zur Besserung und Verärgerung der eroberten Stellungen schreiten rüstig vorwärts.

Die Meldung eines Berliner Blattes, der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel, Balbani, habe dem türkischen Minister des Aussen, Nispeti, die Versicherung abgegeben, daß die Italiener die Araber nicht forcieren würden, wird an maßgebender Stelle in Konstantinopel als völlig unrichtig bezeichnet.

Immer wieder Friedensklänge.
Die römische „Tribuna“ schreibt: „Wir erfahren, daß auf die Initiative Aulunds hin, um das Ende des italienisch-türkischen Krieges zu beschleunigen, natürlich auf der Grundlage der italienischen Souveränität über Tripolis, ein Gekankenaustausch unter den Großmächten im Gange ist, die alle von dem Wunsche befeuert sind, zu diesem Ergebnis beizutragen.“

Nach Informationen der Forze soll der Vorschlag des russischen Ministers des Aussenwärtigen dahin gehen, in Konstantinopel und Rom Schritte zu unternehmen, um die Friedensbedingungen kennen zu lernen.

Deutsches Reich.

Die Arbeiten der Strafrechtskommission. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, hat die Strafrechtskommission nach Abschluß der Beratungen über den allgemeinen Teil des Vorentwurfs eine Gesamtredaktion der bisherigen Beschlüsse vorgenommen. Das geschieht unter anderem herab, daß die innererz vorerhaltenen Beschlüsse über die Einteilung der strafbaren Handlungen nachgeholt worden ist. Die Einteilung unterteilt sich infolge der Aufnahme der Haft des geltenden Rechts als vierter Freiheitsstrafe von der des Vorentwurfs nicht unerheblich und entspricht im wesentlichen dem geltenden Recht. Jedoch wird die Feststellungsfrist durch die Einschließung ersetzt. Mit Geldstrafe bedrohte Handlungen gelten erst dann als Vergehen, wenn die Strafandrohung 500 Mark übersteigt. Alle mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit Haft bedrohten Straftaten sollen Uebertretungen sein. Die Höchstdauer der Haft ist von sechs Wochen auf drei Monate heraufgesetzt. Die Kommission hat ferner eine Bestimmung eingeleitet, wonach in den Fällen, wo das Gesetz dem Richter die Wahl zwischen Freiheitsstrafe verschiedener Art läßt, auf Zuchthaus nur erkannt werden darf, wenn die Tat auf erschwerender Umstände beruht, dagegen auf Einschließung zu erkennen ist, wenn die Tat weder auf erschwerender noch verwehrender Umstände beruht.

Deutschland und Bulgarien. Die bulgarische Kammer hat die mit Deutschland abgeschlossenen Kontrakte, Beihilfe- und Auslieferungsverträge sowie die weitere Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland bis 1917 angenommen.

ngc. Chinas diplomatische Vertretung in Berlin. Herr Liang-Cheng, der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Chinas in Berlin, befindet sich, so schreibt die „A. G. C.“, in einer eigentümlichen Lage. Vor anderthalb Jahren, am 4. August 1910, wurde er als kaiserlich chinesischer Gesandter beim deutschen Reich beglaubigt. Richtig aber hat er, auf Befehl aus Peking, dem Auswärtigen Amte in Berlin die dienstliche Meldung erlassen müssen, daß das Kaiserreich in China durch die Republik ersetzt und er von nun an deren Vertreter sei. Weiterer Schicksal wurde zufolge dem Herr Liang-Cheng indessen in Berlin erst dann als diplomatischer Vertreter der Republik China anerkennen werden, wenn die chinesische republikanische Regierung nachweist, daß sie tatsächlich das Recht in Händen hat und sie von den Großmächten anerkannt wird. Inzwischen muß sich Herr Liang-Cheng, der sich viele Sympathien in Berlin erworben hat, mit der Rolle eines offiziellen Agenten begnügen, — die bereits durch erkennbar geworden ist, daß er keine Einwirkung mehr auf den letzten Posten erhalten hat. Herr Liang-Cheng hat im übrigen keine Zweifel daran gelassen, daß seine Zuneigung der neuen Staatsform seines Vaterlandes und dessen Ansehens in der ausländischen Kultur gilt. Als er das letzte Mal mit dem übrigen diplomatischen Korps am Geburtstage des Kaisers, den 27. Januar, zur Gala-Feier erschien, hatte er zwar noch die hiesige Zeitung seiner Heimat angelesen, — aber kein Wort mehr verstanden. Und jetzt läßt er, und seinem Beispiele ist das übrige Gesandtschaftspersonal gefolgt, europäische Kleidung, — mit Vorliebe den schwarzen Gehrock, der ungenügend nüchtern und häßlicher wirkt als die kostbareren Umkleegewänder von ehemals. Chinas Diplomatie europäisiert sich. . . .

Liberaler Massenansturm. Im Berliner Jugendverein „Eugen Richter“ hat der freimüthige Reichstagsabgeordnete Professor v. Hitz in einem Vortrage jedoch den Mädeln massen Weisheit gependelt. So behauptete er u. a.: „Aus den Massen heraus kommen immer neue Kräfte, die die Menschheit vorwärts treiben.“ Solche Behauptungen kennzeichnen den heutigen Liberalismus: denn dessen Beruf scheint es geworden zu sein, um die Kunst der großen Massen zu bilden, die bei den Reichstagswahlen den Ausblick

geben. Es gibt aber liberale Acker, die zuweisen verstehen, daß der Liberalismus von heute den Massenbedienten zu fliehen hat. In einem Bericht über den Kölner Karneval enthielt dieser Tage der „Frankfurter Zeitung“ folgendes Bekanntnis: „Die Masse läßt sich für ein Nichts gewinnen; es bedarf dazu nur der Ausdauer und der großen Pause. Wo ständig „bum, bum“ gemacht wird, da fröhnt die Masse aufzumen, und die Masse zieht dann von selbst neue Massen an.“ Ein hübscher Kommentar zu der Bezeichnung des genannten Universitätsprofessors, der die vorwärtstreibenden Kräfte aus den Massen kommen läßt. Von einem Manne der Wissenschaft, als welcher der Reichstagsabgeordnete von Hitz trotz seines Freisims doch wohl angesehen werden will, sollte man eigentlich verlangen können, daß er das Gegenteil von dem erkannt haben müßte, was er behauptet; daß nämlich im Leben der Völker in der Kunst wie in der Wissenschaft im Wirtschaftsleben und in der Technik die vorwärtstreibenden neuen Kräfte niemals aus den Massen kommen, sondern immer nur von einigen wenigen gottbegnadeten Einzelnen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 28. Februar 1912.

Am Ministerfisch Landminister Dr. Sydow, Präsident Hr. v. Erla eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Zunächst wurde die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt beim Kapitel „Gewerbliches Unterrichtswesen“.

Hr. Felsch (Konf.): Wir halten es für sehr wünschenswert, wenn die akademisch gebildeten Lehrer an den Vaugewerbeschulen sich auch in der Praxis des Vaugewerbes umgesehen haben. Auch die Lehrer ohne akademische Bildung, die aus der Vaugewerks hervor gegangen sind, sollten nicht vollständig verschwinden.

Ministerialdirektor Dr. Neuhaus: Bei der Fortbildung der akademischen Lehrer wird darauf Bedacht genommen, daß sie auch eine praktische Ausbildung erhalten.

Hr. Giesja (Ztr.): Die Gewerbefreiheit hat das Kaufamt mit einer großen Anzahl von Bauunternehmern überschritten, die mangelhaft ausgebildet, die Ausführung der Bauten übernehmen. Ihnen verbanden wir die schärfsten Meisterstufen in den Großstädten. Wir legen das Schwerkraft darauf, daß die künstlerische Ausbildung der Vaugewerksmeister besonders berücksichtigt werde.

Hr. Felsch (Konf.): Ich betone nochmals die Notwendigkeit, aus der Praxis hervor gegangene Lehrer anzustellen. Die heimische Baumeister sollte an den Vaugewerkslehrern besonders gepflegt werden.

Hr. Heber (Nat.): Ich trat für Gleichstellung der akademischen Lehrer an den Vaugewerkschulen mit den Oberlehrern ein.

Hr. Dr. v. Bonna (Ztr.) bemerkte gegenüber einer Aeußerung des Hr. Felsch, daß an die Vaugewerkslehrer in der Stadt größere Anforderungen gestellt werden als auf dem Lande.

Hr. Dr. Schröder-Gesell (Nat.) beantragte die unzulänglichen Mängeln in der Kunstgewerbeschule in Rassel.

Gescheiter Dönhoff sagte Prüfung und eventuell Abschiebe zu.

Hr. Frenken (Konf.): Die Fortbildungsschulen sind für die Förderung des Handwerks eine Notwendigkeit. Sie haben insbesondere auch die Aufgabe, die Meisterkurse, die immer mehr andauern, zu erlegen. Mit der Verdrängung von Strafen gegen die Fortbildungsschulen, sollte nicht so rigoros vorgehen.

Hr. Dr. Schupp (Vorfr. Sp.): Die Vaugewerkschulen sollte sich als ein Segen erweisen. Auf der Förderung, die Fortbildungsschule einheitlich zu regeln, halten wir fest. Die Konventionen und das Zentrum haben durch ihre eigenartigen Festhalten an der Förderung des obligatorischen Religionsunterrichts das Fortbildungsschulgesetz zu Fall gebracht, was im Interesse des Mittelstandes zu bedauern ist. Auch für die weitläufige Jugend sind Fortbildungsschulen notwendig.

Minister Dr. Sydow: Was die Frage der etwaigen Wiederbringung des Fortbildungsschulgesetzes betrifft, so habe ich nicht die Absicht, die vorliegenden Bedenken wieder zu eröffnen oder zu bringen. Das hindert mich nicht, auf den Weg, den ich im vorigen Jahre betreten habe, weiter zu gehen. Ich wünsche, daß die Reichsregierung bestimmt, daß die Gemeinden durch Christentum obligatorische Fortbildungsschulen errichten können. Wenn sie dies tun, dann sollen sie Staatszuschüsse erhalten. Auf diesem Wege treiben wir wirklich praktische Handwerkspolitik.

Hr. Dr. Dingmann (Nat.): Die Zeit nach 8 Uhr abends halten wir nicht für den Unterricht geeignet, weil die Schüler da ermüdet sind. Eine einheitliche Ausbildung der Lehrer wäre sehr wünschenswert.

Hr. Hammer (Konf.): Das Fortbildungsschulgesetz ist nicht an der Förderung des obligatorischen Religionsunterrichts gescheitert, sondern deshalb, weil die Mehrheit, die vor auch die Konventionen gehörten, verlangte, daß auch der Kultusminister hinzugezogen werden sollte. Der Handelsminister erklärte, daß er dem nicht zustimmen könne.

Hr. Dr. Glattefer (Ztr.): Die Fortbildungsschulen müssen auch in religiöser Beziehung gefördert werden, denn eine Religion keine Züchtlichkeit.

Hg. Dr. Hecht (Soz.): Die Gittlichkeit hat mit Religion nichts zu tun; sie ist dem Menschen eben so angeboren wie dem Tier. (Widerpruch des Hg. Dr. Glatfelter.) Sehen Sie sich doch die Behältnisse in Genshofen an. Die Verbreitung der Ruffischer Korrespondenz in den Fortbildungsschulen ist ein Mißbrauch.

Minister Dr. Eymon: Das geschieht mit meinem Wissen. (Bravo! rechts.) Ich habe keine Veranlassung, dagegen einzuschreiten. (Beifall.)

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte Hg. **Gronowski** (Str.): Die Sozialdemokraten haben keinen Grund, sich darüber aufzuregen, daß ein patriotisches Blatt an die deutsche Jugend verteilt wird. Wie erziehen Sie (an den Soz.) denn die Jugend? In einer Schrift der sozialdemokratischen Zentralkommission für Jugendbildung wird in der rohesten Weise über politische Tagesfragen, ja sogar über das Verhältnis der Eltern und Kinder geäußert. Solche Entweidung sind ein Krebsgeschwür für unser Volk. (Beifall.)

Hg. **Dr. Hecht** (Soz.): Wenn der Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt wird, dann wird Herr Gronowski vorzuziehen, dessen Behauptungen (Ruf im Zentrum: nicht zu widerlegen sind. Große Heiterkeit) — nicht haltbar sind.

Mein Ziel „Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen“ erklärte Hg. **Dr. Hecht** (Soz.): Die (nach rechts) wollen die Religion in die Fortbildungsschulen einführen! Derjenige Herr, von dem Sie sprechen und von dem Sie wünschen, daß sein Sittengebot gegen die Sozialdemokratie ausgesetzt werde, (Beifall! Zuruf rechts.)

Präsident (Soz.): Ich rief den Redner zur Ordnung.

Hg. **Dr. Hecht** (Soz.) fortsetzend: Das ist eine ebenso mißbräuliche Kränkung des Namens Gottes, wie wir es häufig in der Kreuzzeitung erlebt haben, wo man die Worte eines christlichen Bismarcks lesen konnte „Derr gib uns Krieg!“ (Sitzgen rechts.)

Der Titel wurde bewilligt.

Im weiteren Verlaufe der Beratung erklärte Handelsminister **Dr. Eymon:** Die Rechtsauskunftstellen haben das Vertrauen aller Kreise der Bevölkerung, nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Arbeiternehmer, gefunden. Konfessionelle Rechtsauskunftstellen werden vom Staat nicht unterstützt.

Auf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt; anßerdem: Gut der direkten Steuern, der Zölle und indirekten Steuern, Schluß nach 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 28. Februar 1912.

Im Bundesratsliche Staatssekretär **Dr. Dellbrück**. Präsident **Dr. Baumgarten** eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 25 Min. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl von sechs Mitgliedern für die Reichsaufsichtskommission. Auf Vorschlag des Hg. **Behrermann** (Str.) wurden die Hg. **Dr. G. v. K. v. K.** (Soz.), **H. v. M.** (Str.), **H. v. M.** (Str.), **H. v. M.** (Str.) und **H. v. M.** (Str.) gewählt.

Sodann begann die zweite Lesung des Gesetzes des Reichstags des Innern mit Titel I „Uebertretungen“.

Hg. **Dr. Eymon** (Soz.): Das Reichstag des Innern hat das umfangreichste Gebiet inne, von der Maul- und Klauenseuche bis zum Verbrechen, von der Nahrungsmitteleverfälschung bis zur Sozialpolitik. Die Reichsaufsichtskommission stellt die Millionen von Arbeitern lange nicht zufrieden. Was Herr Erdmann sich nicht weiter vorzuziehen hat, daß, wenn die Sozialreform sich nicht weiter vertieft, das ist eine sozialdemokratische Partei in diesem Sinne sozialistisch nicht vorwärts geht, hat sich jetzt gezeigt, nur daß es sich zeigen, sondern Wirklichkeit ist. Alle Sozialreform kommt von der Sozialdemokratie. (Beifall! Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten. Sachen im Zentrum und rechts. (Je) Sagen sie verständlich; in allen Hagen Flugblätter steht: Die Sozialdemokratie will keinen Arbeiterkrieg, sie will die Arbeiter aufheben und verenden. (Beifall! Sehr richtig!) Im Zentrum.) Was aber bisher geschehen ist, ist viel zu wenig; es fehlt Deutschland nicht vor Verenden. Die Mittelstandsbewegung kann keinen Erfolg haben. Sie wollen den Mittelstand, das Handwerk, durch Wahlen retten. Dagegen tritt die Sozialdemokratie des Kapitals immer stärker zu Tage. Den Frauen muß die Beschäftigungsmöglichkeit erschaffen werden. Ihre Interessen gehen über das von hoher Stelle gepredigte „viertel A“, Stroh, Knie, Knie, Knie, hinaus. In unseren Anträgen und Resolutionen zeigen wir Ihnen den Weg, auf dem die Sozialreform vorwärts gehen soll, so bezüglich der Arbeitszeit, der Arbeitsschutzvorrichtungen und der Gewerbeaufsicht, in der durch unsere Kritik allerdings schon manches besser geworden ist. Zu betonen ist aber, daß die Gewerbeaufsicht eine Wandpfeiler aufreißt und ihre Berichte nicht jodgemäß sein dürfen. Unsere Aufgabe ist es nicht, hinter dem Bogen der Zeit heranzulaufen, sondern ihn den Weg zu zeigen, zum Wohle des Vaterlandes. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. **Dr. M. v. K.** (Str.): Ich werde mich auf die Erweiterung wirtschaftspolitischer Fragen beschränken. Unser Exporthandelswert weist auf den letzten Jahre Rekordwert auf, er ist auf 17,5 Milliarden Mark gestiegen und weist ein doppelt so schnelles Entwicklungstempo auf, als unser Hauptimporteur England. In nicht langer Zeit dürfen wir den englischen Export überflügeln. Unser Eisenwarexport kommt dem Englands ziemlich nahe, unser Elektrizitätsexport hat den englischen schon überflügelt. Der Anstieg des preussischen Budgets an das reichlichste weitausgehendste Budget ist ein Zeichen für die Wichtigkeit der Reichstagsarbeiten. Die Preise des Syndikats sind 25 Prozent bis 1. März pro Zentner für den Durchschnitt erhöht worden. Das bedeutet eine Mehrbelastung der deutschen Volkswirtschaft um 75 Millionen Mark pro Jahr. (Hört! Hört!) Diese Belastung der Allgemeinheit kommt einer großen Konsumsteuer gleich, die zwar nicht vom Parlament gemacht ist, wohl aber mit Zustimmung der preussischen Staatsregierung. Die Erhebungen über die Gewährung von Einfuhrzöllen für die reinen Walzwerke auf vollfreie Einfuhr von Holzmaterialien sollten möglichst befristet werden. Unter dem hohen Diszontsatz leidet die Industrie der Banen. Die Lage im Innern ist günstig. Auch unsere Landwirtschaft hat die in je letzten Jahren im letzten Jahre durchwegs erfüllt. Das ist ein Beweis dafür, daß wir vorwärts gekommen sind und nicht weiter, wie der Korredner es darstellte, herunterkommen und verenden. Die Ubertreibungen der Sozialdemokraten werden schwinden. (Beifall! Sehr richtig!) Unsere Wirtschaftspolitik hat glänzende Erfolge gezeigt; sie hat Arbeit und Arbeitsgelegenheit geschaffen, und diese Wirtschaftspolitik ist die notwendige Voraussetzung für die Sozialpolitik. (Sehr richtig!) Über die Sozialisten gehen die Ansichten auseinander.

Hg. **Dr. Hecht** (Soz.): Ich möchte Herrn Glatfelter fragen, ob nicht etwa die Gewerbeaufsicht an dem Untergang des Mittelstandes schuld ist. (Sehr richtig!) Wir wollen das, was die liberale Gewerbeaufsicht niedergedrückt hat, wieder aufbauen, aber in moderner Form. Die Verbesserung der neuen Gewerbeaufsicht wird die vornehmste Aufgabe des neuen Reichstags sein. Unsere Industrie ist weit mehr belastet als die des Auslandes. Darum müssen wir darauf sehen, daß sie konkurrenzfähig bleibt. (Beifall! Beifall im Zentrum.)

Hg. **Pauli-Gagnon** (Konf.): Mit den Ausführungen des Korredners über die Handwerkerpolitik können wir einverstanden sein. Die Herangehung der Fabrikbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung ist eine Frage von größter Bedeutung. Das Staatsministerium muß baldigst reformiert werden. Bei den Staatsministerien müssen die Handwerkeremissionen berücksichtigt werden. Die Regierung sollte möglichst heimische und heimische Unternehmer durch Aufträge leistungsfähig machen.

Der Unterricht in den Handwerkerfachschulen muß nach dem Korredner, eine gute Ausbildung im Rechnen, Schreiben und Lesen zu geben. (Beifall bei den Sozialdemokraten: Und Religion!) Mein, Religion gehört ebenso wenig wie die Berufslehre für das deutsche Reich dort hinein. (Hört! Hört und Unruhe links.) Zur Vorbereitung haben wir Wert, wenn sie auf langfristige Dauer abgeschlossen werden. Die Sicherung der Aufzucht der Handwerker muß weiter ausgebaut werden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß mit der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht Halt gemacht werden darf; aber wir müssen auch darauf Bedacht nehmen, daß etwaige neue Stellen nicht nur dem Unternehmer aufgegeben werden. Wir stehen weiterhin auf dem Boden der Mittelstandspolitik. Ihre Ziele (zu den Soz.) Mittelstandspolitik müssen wir allerdings wahren (Hört! Hört!), für Ihre (zu den Preussischen) auch Schulden befreiten. Damit werden wir zum Segen des Handwerkes wirken. (Bravo! rechts, ironischer Beifall links.)

Hg. **v. Vorwärts** (Soz.): Behauerlich ist es, daß der deutsche Reichstag absolut keinen Einfluß auf die Außenpolitik Preußens nimmt. Die umfangreichen Sperrenmaßnahmen der Maul- und Klauenseuche führen zu unnötigen Schritten. Die Sozialpolitik wollen wir weiter führen, jedoch nur, insofern die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie aufrechterhalten wird. (Beifall bei den Polen.)

Hg. **Dr. v. Vorwärts** (Soz.): Das Ausland blickt mit Neugier auf unsere Erfolge in der Sozialpolitik. Ohne Beschreibung kann gesagt werden, daß Deutschland gegenüber dem Ausland mit den besten Resultaten (Hört! Hört!) im Vergleich wird wohl Freiheit in seiner Verfassung gewährt. (Sehr wohl! rechts.) Befreit die Bevölkerung größerer Nationalität, so wird sie auch politisch ein größeres Schwergewicht im Ausland erhalten. (Sehr wohl! rechts.) Der Wille des Volkes ist bei den Wahlen übertrieben zum Ausdruck gekommen. Die Beamten haben sich vor politischem Mißbrauch ihres Amtes zu hüten. Sie müssen die Erinnerung an den alten Polizeistaat abstreifen; sie sollen nicht herfürsichtig sein und ohne bürokratische Überhebung das Gefühl haben, ausführende Organe öffentlicher Interessen zu sein. (Beifall! Sehr richtig! links.) Die Beamten müssen nach ihrem Geiste ausgelegt werden. Die faule Auslegung des Reichsoberverwaltungsrechts hat viele Missetaten im Volk hervorgerufen. Die Beamten sind auch die Steuerpolitik beizubehalten, nicht die Steuern der Finanzreform, die zu Unrecht angesetzt werden, sondern der Umstand, daß man in den letzten zehn Jahren dem deutschen Volke zu häufig mit neuen Steuern gekommen ist. Deshalb muß beim Etat größte Sparmaßnahme walten. Um eine Besserung der Wohnungsverhältnisse herbeizuführen, muß das Großkapital für den Wohnungsbau interessiert werden. Zur Vereinfachung der Sozialdemokratie ist für das Erwerbsprogramm auszuführen, wonach Privatkapital abgefordert werden muß. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Hat sich das Erwerbsprogramm überlebt, so haben Sie (zu den Sozialdemokraten) doch den Willen, dies den Wahlen zu legen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wenn einer Privatunternehmer der Wahlen kann keine Rede sein. Der Arbeiter ist durch die Maschinen seine Arbeit erleichtert, er gewinnt damit Zeit, für das geistige und für das öffentliche Leben. Für das öffentliche Leben ist es, daß der Grundbesitz, um die Ländereien zu vermindern, den Bauernbesitz aufzuheben. Eine Herabsetzung der Altersrente kann ich nicht empfehlen; die besten Leute sterben in den Jahren. Außer dem bedenklich sind die vorgelegten Beamtenforderungen. Doch in Verhandlungen von dem vorigen Landtag der kaiserlichen Gnade gestrichen ist, war ein politischer Mißgriff. Die Regierung muß einen Ausgleich finden zwischen den Notwendigkeiten des Staates, den freiwirtschaftlichen Wünschen jedes Deutschen und dem Willen, nach erneueter politischer Freiheit.

Darum wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß gegen 11 1/2 Uhr.

Ausland.

Die erste Lage auf Kreta.

Eine offizielle Pariser Mitteilung bestätigt, daß die Schutzmächte Kretas in der Tat noch weitere Kriegsschiffe nach Kreta entsenden werden, und zwar werde die französische Regierung die Panzerkreuzer „Waldeck-Roussin“ und „Ernest Renan“, die englische Regierung den Panzerkreuzer „Canter“ sowie demnachst einen weiteren Kreuzer absenden. Auch die russische Regierung werde mehrere Kriegsschiffe dorthin beordern.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet aus Kanea: Seit dem 26. cr. ist die Situation sehr schwierig geworden. Ein drohendes Massaker ist nur durch die Energie und die Sklavitätigkeit der Gendarmerie hintangehalten worden. Die Ordnung ist momentan wiederhergestellt, doch sind viele Läden geschlossen.

Wie das Reutersche Bureau noch erzählt, ziehen die Schutzmächte die Lage auf Kreta in ernste Erwägung; sollte sie in ein adäquates Stadium treten, so würde sie ein Eingreifen der Truppen derjenigen Regierungen erforderlich machen, die sich für die Sicherheit von Leben und Eigentum auf der Insel verbürgt hätten.

Aus der Republik China.

Ein Teil der Truppen von Wuhsung hat gemeldet. Während der Nacht vom 27. cr. hat ein Gefecht zwischen den meuten und den treugebliebenen Soldaten stattgefunden. Die großen Stadios sind geschlossen, die vorhantua liegenden ausländischen Konsuln haben Befehl bekommen, sich für alle Fälle in Bereitschaft zu halten. In Santau ist die Ordnung nicht gestört.

Unruhen im Siamland. In den fünf Gerichten aus dem Siamland im Amt, daß der Mullah sich Verbena näherte und daß Truppen requiriert worden wären. Wie das Reutersche Bureau hierzu erzählt, hat die englische Regierung von dem Konsul in Siamland eine ähnliche Meldung erhalten, mit der Sache aber keine besondere Bedeutung bei mit Rücksicht auf die Häufigkeit solcher Gerichte.

Aus Nah und Fern.

Die Bewegung unter den englischen Bergarbeitern.

Nach einer Meldung aus London begaben sich am Mittwoch mittig die Delegierten der Bergleute wiederum nach Downingstreet, um mit dem Premierminister bezüglich der Verhandlung die Beratung heute nur eine halbe Stunde. Ein Mitglied der Abordnung soll erklärt haben, daß sie gestern keine weitere Beratung angeht worden sei.

Die Bergarbeiterkonferenz beschloß einstimmig, die Verhandlungen fortzusetzen. Außerdem wurde eine Resolution angenommen, wonach den Arbeitern nach Ablauf der Verhandlung die Beratung heute nur eine halbe Stunde, soweit dies zur Sicherung der Bergwerke erforderlich ist.

Ministerpräsident Asquith wurde am 26. Uhr mittig im Buckingham-Palast vom König empfangen. Nach seiner Rückkehr begaben sich die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in das Ministerium. Die Bedeutung der Verhandlung wird die Regierung nunmehr ihre Berücksichtigung auf Belassung des Streiks zurückzuführen. Die Regierung will unter anderem die Forderung aufgestellt haben, daß bei der Verarmung der Bergwerke die Regierungsberechtigten mitwirken.

Angewiesene gegen viele Bergarbeiter die Arbeit nicht, obwohl noch nicht über den Generalstreik entschieden ist. Wie es heißt, feiern bereits gegen 100000 Mann, darunter 20000, die gestrigen morgen in Derbyshire in den Ausbund getreten sind. Wie die Londoner Blätter weiter melden, haben die Maschinen der Bergwerke von Süd-Wales erklärt, heute abend in den Ausbund treten zu wollen, ohne Rücksicht auf den eventuellen Ausbund der Bergarbeiter. Der Ausbund der Maschinen wird die Abtragung des Betriebes in dem ganzen Königreich zur Folge haben. Ihre Forderungen stehen mit denen der Bergarbeiter in keinem Zusammenhang.

Bei Meditationsstufen laufen noch folgende Meldungen aus London, 28. Februar, ein:

Einer der Bergarbeiter erklärte abends einem Pressevertreter, es sei unwahrscheinlich, daß eine Verständigung noch heute erreicht werde. Dem Vernehmen nach wird die gegenwärtig stattfindende Konferenz zwischen dem Generalbundesrat der Bergleute und dem Premierminister Asquith bis spät in die Nacht hinein andauern.

Wie es heißt, haben die englischen Bergarbeiter in Verhandlungen beschlossen, die Vorschläge der Regierung, darunter auch den Minimallohn, anzunehmen. Die Arbeitgeber von Northumberland und Südwales sind dagegen, während unter den schottischen Arbeitgebern die Stimmung geteilt ist. Die Vertreter der Bergleute erwidern, ob sie dieses Ziel abnehmen annehmen sollen, während die Verhandlungen über Südwales, Schottland und Northumberland noch fortauern. (Siehe „Recht Telegramm“.)

Schwerer Schiffsunfall in Portugal. Man meldet aus Faro (Portugal): Ein Schlepper stieß Dienstag abend nahe der Barre bei Avor mit dem kleinen Kanonenboot Faro an und sank. Dessen Kapitän, E. S. M. A., ranter der Kommandant und der zweite Offizier, E. S. M. A., ranter der Kommandant. In dem fraglichen Ereignis im feldschiffen Kinnigsauf der Staatsrat hat bestimmt, daß der neugeborene Prinz Bertil Gustaf Carl Eugen, Herzog von Salsland, heißen soll.

Die Lohnbewegung unter den Maschinenbauern. Eine Versammlung von mehr als 4000 Maschinenbauern von Berlin und Umgebung erklärte sich gestern abend mit dem Beschluß der Verbandsversammlung einverstanden, die Arbeit ab dem 1. März früh in allen Maschinenbauern der Provinz zu unterbrechen und nur bei denjenigen Arbeitgebern weiterzuarbeiten, die den Tarifvertrag unterzeichnetlich anerkannt haben. Die ledigen Ausländer haben sofort das Gebiet von Großberlin zu verlassen, die ledigen Ausländer haben ein von der Lohnbewegung nicht betroffenes Gebiet aufgefunden.

Großer Juwelendiebstahl im Schmelzhaus. Aus Paris im Schmelzhaus am Mittwoch morgen in Wien eingetroffene Juwelenhändler Aboei zeigte der Polizei an, ihm seien während der Reise Berlin und Brüssel in Wert von einer vierzig Millionen Franc und außerdem 8000 Franc in bar gelassen worden. Der Diebstahl wurde in Wien in seiner Briefschleife in der inneren Brusttasche seines Rockes an einer Sicherheitsstelle.

Unterhaltungen eines Bankbeamten. Der bei einer Berliner Großbank angestellte Bankbeamte A. B. über ist am Dienstag der Aufhebung, für 50000 Mark Wertpapiere unterhalten zu haben, verhaftet worden. Dem Unterhaltungsrichter hat er jetzt angegeben, für 4000 Mark Wertpapiere unterhalten zu haben. Der Verhaftete ist verheiratet und Vater von drei Kindern. In Folge seiner Verhaftung hat er seine Schulden, an deren Bedienung er seit 1910 die Unterhaltungen beug.

Tödtlich verunglückt. Sie erhalten aus Wien, 28. Februar, folgende amtliche Meldung: Auf der Neubaustraße Wien — Wieden — ist gestern nach gegen 12 Uhr beim Ausfahren der Erdensperrenwagen aus dem Schiffsplatz des Zinnhauens bei Dillroth der Arbeiter Mineur Josef Petzold tödtlich verunglückt.

Im Schneesturm umgekommen. Auf dem Wege von Rostock nach Pöppelitz wurde ein Trupp von 23 Häftlingen von Schneesturm überfallen. Drei Soldaten der Regimentskompanie sind ertrunken, ein Häftling ist verunglückt.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Gebietsaustausch in Thüringen.

Wie aus Weimar gemeldet wird, nahm der dortige Landtag gestern den Staatsvertrag zwischen dem Herzogtum Gotha und dem Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach auf Austausch verfassungsmäßigem Gebiet an. Auch der Austausch der gegen das Versehen opponierenden Orte Köstritz und Börsen sowie Kranichfeld bei Weimar ist damit erfolgt.

st. Ammerort, 27. Febr. (Schrungen.) Durch Herrn Staatsminister Reinhold wurde heute nachmittag dem bei der Firma S. C. Wöbus beschäftigten Zimmerer Herrn Hermann W. erbe hierüber das Allgemeine Grenzgesetz überreicht. Der W. erbe ist seit dem Jahre 1886 bei der Firma S. C. Wöbus, Bergschaffmännereverbrochen tätig und ist bereits im Besitz der Stellungsberechtigung, welche er sich schon als Schaffmännereverbrochen erwirbt. Gleichzeitig wurde dem Zimmerer Herrn Otto W. die Anerkennung für seine langjährigen treuen Dienste von den Firmeneinhabern eine goldene Uhr überreicht.

st. Ammerort, 28. Febr. (Neue Schulfelder.) — So hat sich heute die neue Schulfelder betriebsmäßig gezeigt die neuangelegten Schulfelder. Mit dem 1. April wird hier eine Lehrer- und Lehrerinnele neu eingerichtet. Die Lehrer ist Herr K. J. J. aus Seeben b. Halle gewählt. Die

Berliner Börse, 28. Febr. 1912

Main table containing market data for various securities, including bonds, stocks, and exchange rates. Columns include company names, stock numbers, and prices.